

Kein Gegensatz zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 10

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339569>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Profil

J. W. Brügel:

Kein Gegensatz zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten

Die «Neue Zürcher Zeitung» (Ausgabe vom 29./30. Juli 1979) hat dem Problem «Sozialisten und Sozialdemokraten» einen Leitartikel gewidmet, und es sei gleich vorweg betont, dass der Verfasser des Artikels, E. M., sich eines sachlichen, verständnisvollen Tones befleissigt. Da treten keineswegs die in früheren Jahrzehnten üblichen Verdächtigungen wieder auf, Sozialdemokraten seien mehr oder weniger bewusste oder doch zumindest unbewusste Schrittmacher des alle Grundrechte der Menschen mit Füßen tretenden Kommunismus. Der Verfasser schwingt sich zu der objektiven Feststellung auf, die ehemals als «vaterlandslose Gesellen» Verschiedenen seien nun in der Bundesrepublik «angesehene sozialdemokratische Würdenträger geworden, was wesentlich zur Gesundheit der Demokratie in der Bundesrepublik beiträgt». Eine Binsenwahrheit, gewiss, die aber früher um keinen Preis der Welt ausgesprochen worden wäre. Zur Objektivität des Leitartikels hätte noch beigetragen, wenn er auch darauf hingewiesen hätte, wie zum Beispiel in Portugal es gerade die kerzengerade und damit auf eine parlamentarische Mehrheit verzichtende Haltung der Sozialisten unter Mario Soares war, die den kommunistischen Ansturm auf die neue portugiesische Demokratie zum Scheitern brachte. Aber gerade, weil es sich um einen Leitartikel handelt, mit dem man grossenteils konform gehen kann, seien einige Bemerkungen dem gewidmet, wovon uns scheint, die «NZZ» habe danebengegriffen.

Sie geht nämlich von der Annahme aus, die bei ihr wie ein Axiom, nämlich wie eine unbestreitbare und unbestrittene Tatsache, aussieht, dass es sich zwischen Sozialisten und Sozialdemokraten um einen grundsätzlichen Unterschied oder um einen Unterschied im Grundsätzlichen handelt: Sozialisten wären nach dieser Theorie die, die nach der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung rufen und dabei auf die politische Demokratie pfeifen, während als Sozialdemokraten Menschen angesehen werden, die keine demokratischen Freiheiten der Verwirklichung anderer sozialistischer Ideale zu opfern bereit sind.

Das ist, wie wir zugeben wollen, eine weitverbreitete Ansicht, und nicht nur die der «NZZ»! Ein gewisser Schein spricht für ihre Richtigkeit, aber der Schein trügt. In Italien und Japan gibt es nämlich je zwei

Mitgliedparteien der Sozialistischen Internationalen (die ursprünglich von Sozialdemokraten wie Victor Adler 1889 gegründet wurde, aber nie «sozialdemokratisch» geheissen hat), von denen die eine «sozialistisch» und die andere «sozialdemokratisch» firmiert. In beiden Fällen ist die «Sozialistische Partei» die radikalere, oder wenn man will, linkere der beiden. Aber damit sind wir schon am Ende. Im Falle Portugals ist K. M. im Irrtum, wenn er bemängelt, dass Sozialisten mit Sozialdemokraten eine gute Regierungsmehrheit hätten, wenn sie zusammen marschieren wollten. Das, was sich in Portugal aus Berechnung seit zwei Jahren «Sozialdemokraten» nennt, hat mit der sozialdemokratischen Gedankenwelt überhaupt nichts zu tun und ist eine ziemlich reaktionäre bürgerliche Partei, so reaktionär und machthungrig, dass die Sozialisten vor Jahresfrist mit ihnen zu keinem Übereinkommen gelangen, aber eines mit einer zumindest offiziell noch weiter rechts stehenden Partei schliessen konnten. Die portugiesischen Sozialisten haben in sozialen Dingen ein recht radikales Programm, das sie in der sich zum demokratischen Sozialismus als Ziel verkündenden neuen Verfassung des Landes verankern konnten, aber sie sind ebenso kompromisslos im Verfechten und Verteidigen demokratischer Freiheiten – sie könnten sich ohne weiteres Sozialdemokraten nennen. In Österreich heisst aus historischen Gründen, die darzulegen hier zu weit führen würde, die Partei «Sozialistische Partei Österreichs», aber niemand, vor allem sie selbst nicht, zweifelt daran, dass es sich um eine sozialdemokratische Partei handelt. Wenn die «NZZ» dem österreichischen Parteiführer und Regierungschef Bruno Kreisky zubilligt, man müsse von ihm nicht fürchten, er werde «durch allzuviel Gleichheit die Freiheit aufs Spiel setzen», muss man dazu sagen, dass durch mehr und immer mehr Gleichheit, durch die Brechnung der Monopole der Besitzenden, die Freiheit nicht gefährdet, sondern für einen grösseren Menschenkreis erst voll verwirklicht wird.

In der Schweiz hätten sich «die Sozialisten in der nationalen Notzeit zu Sozialdemokraten durchgemausert», heisst es da. Wirklich? Niemand wird in Abrede stellen, dass bei den Sozialdemokraten der Schweiz, gefördert durch die Ausserordentlichkeit der damaligen Situation, seit den dreissiger Jahren grosse Wandlungen vor sich gegangen sind. Aber haben sich nicht auch, teilweise als Frucht der sozialdemokratischen Politik, die gesellschaftlichen Verhältnisse gewandelt, so dass es gar keinen Sinn gehabt hätte, an inzwischen erfüllten Forderungen festzuhalten? In meiner Heimatstadt Brunn hatten wir einen alten Genossen in der Partei, von dem man erzählte, er habe sich einmal dadurch unsterblich gemacht, dass er am Anfang des Jahrhunderts den Kampf gegen eine unsoziale Zuckersteuer wacker weiterführen wollte, ohne zu bemerken, dass die Zuckersteuer inzwischen aufgehoben worden war. Sei dem wie auch immer, in der Schweiz hat es vor und nach dem Zweiten Weltkrieg Sozialdemokraten gegeben, die sich *im Grund* nie gewandelt haben.

Die Menschen, werden wir zum Schluss von der «NZZ» belehrt, wollen Taten und keine Thesen, aber das hat Heinrich Heine vor mehr als hundert Jahren noch besser ausgedrückt:

«Im hungrigen Magen Eingang finden
nur Suppenlogik mit Knödelgründen.
Nur Argumente von Rinderbraten,
begleitet mit Göttinger Wurstzitatzen.
Ein schweigender Stockfisch, im Butter gesotten,
behaget den radikalen Rotten
weit besser als ein Mirabeau
und alle Redner seit Cicero.»

Aber dass es heute viel weniger hungrige Magen gibt, ist, auch wenn es die «NZZ» bisher noch nicht zugegeben hat, vor allem der revolutionierenden Wirkung der Thesen zu danken, mit denen die Sozialdemokraten aller Länder vor hundert und mehr Jahren zum Kampf um eine bessere Welt angetreten sind.

Die sozialdemokratische Gesellschaftspolitik stellt diejenige Unterform sozialistischer Gesellschaftspolitik dar, die der liberalen am nächsten steht. Diese Verbindung des Sozialismus mit dem sozialen Liberalismus ist unter dem Eindruck der Erfahrungen mit dem Kommunismus, speziell in der Sowjetunion, zustande gekommen und hat eine besondere Betonung des ideologischen Gegensatzes zum Kommunismus zum Inhalt. So wird schon in der Grundsatzserklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen auf ihrem Gründungskongress im Jahre 1951, die zentrale Bedeutung der Freiheit für den demokratischen Sozialismus hervorgehoben: «Es gibt keinen Sozialismus ohne Freiheit»; und als Ziel des Sozialismus wird unter anderem genannt, eine «Verbindung von Freiheit und Planung im nationalen wie im internationalen Massstab» zu erreichen.

Besonders deutlich kommt diese Verbindung liberaler und sozialistischer Elemente in den beiden Grundsatzprogrammen der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie zum Ausdruck..

Hans Reithofer, in «Die ausgleichende Gesellschaft»